

# Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 247.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 9. April.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 7. April. Der König hat die Gerichtsassessoren Weinberg, Schumann, Lippold und Orthelius zu Amtsrichtern ernannt. Dem Landgerichts-Präsidenten Pech in Schweidnitz ist die nachgeführte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Berichtet sind: der Amtsrichter Wenzel in Schmiedeberg (Reg. Bez. Merseburg) an das Amtsgericht in Torgau, der Amtsrichter v. Brodhusen in Margrabowa als Landrichter an das Landgericht in Lyd, der Amtsrichter Jahn in Budowitz an das Amtsgericht in Gilehne und der Amtsrichter Meiners in Stolzenau als Landrichter an das Landgericht in Lüneburg. Der Landrichter Sydow in Berlin ist in Folge seiner Ernennung zum Ober-Postrat aus dem Justizdienst geschieden. Auf das Amtsgericht in Graudenz ist eine neue Richterstelle übertragen. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt Quaing in Senftenberg bei dem Landgericht in Cottbus, der Rechtsanwalt Justiz-Rath Piel bei dem Ober-Landesgericht in Posen, der Rechtsanwalt Lange bei dem Amtsgericht in Freiburg i. Sch., der Rechtsanwalt Adamczyk bei dem Landgericht in Breslau und der Rechtsanwalt Stöckl bei dem Landgericht in Neumied. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Sydow bei dem Amtsgericht in Samter, der Gerichtsassessor a. D. Paalzow und der Gerichts-Assessor Petrich bei der Kammer für Handelsachen in W.-Gladbach. Der Notar Henicke in Rastenburg hat das Notariat niedergelegt. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kapff in Carthaus ist durch Disziplinar-Erkenntnis aus dem Amte als Notar entlassen. Der Amtsgerichts-Rath Wagner in Colberg ist gestorben.

Der Vermessungs-Revisor Kunze ist zum Vermessungs-Inspektor bei der Generalkommission in Münster ernannt worden.

Die bisherigen Gültigkeitsrevisoren, Ober-Postdirektions-Sekretär Kamberg aus Potsdam und Werft-Verwaltungs-Sekretär Tiede aus Kiel sind zu Geheimen revisirenden Kalkulatoren bei dem Rechnungshofe des deutschen Reichs ernannt worden.

## Deutscher Reichstag.

60. Sitzung.

Berlin, 7. April. Am Tische des Bundesrates: Geh. Rath Bödiker, später Schöld.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Für die Rhein-Nebenschwemmen sind aus Amerika abermals Liebesgaben eingegangen; ebenso vom Verein „Berliner Presse“ 22,500 Mark.

Die zweite Berathung der Gewerbeordnungsnovelle wird fortgesetzt.

Artikel 4 setzt an Stelle des § 35 der G.-O. folgende Bestimmungen:

Die Ertheilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe, sowie der Betrieb von Badeanstalten ist zu untersagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbetrieb darthun.

Unter derselben Voraussetzung sind zu untersagen: der Trödelhandel (Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, Kleinhandel mit altem Metallgeräth, mit Metallbruch oder vergleichbar), sowie der Kleinhandel mit Garnabfällen oder Drämmen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen und der Kleinhandel mit Dynamit oder anderen Sprengstoffen.

Dasselbe gilt von den gebräuchlichen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Befördern wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere der Absatzung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufsätze, von dem Geschäft der gewerbsmäßigen Vermittelungsagenten für Immobilienverträge, Darlehen und Heirathen, von dem Geschäft eines Gesindevermieters und eines Stellenvermittlers, sowie von dem Geschäft eines Auktionsators. Denjenigen, welche gewerbsmäßig das Geschäft eines Auktionsators betreiben, ist es verboten, Immobilien zu versteigern, wenn sie nicht von den dazu befugten Staats- oder Kommunalbehörden oder Korporationen als solche angestellt sind.

Personen, welche die in diesem Paragraphen bezeichneten Gewerbe beginnen, haben bei Eröffnung ihres Gewerbetriebes der zuständigen Behörde hiervom Anzeige zu machen.

Die Fortschrittspartei stellt in Verbindung mit der liberalen Vereinigung folgenden Antrag:

An Stelle des § 35 folgenden Paragraphen anzunehmen:

Die Ertheilung von Tanz-, Turn- und Schwimm-Unterricht als Gewerbe darf Denjenigen untersagt werden, welche wegen Vergehen oder Verbrechen gegen die Sittlichkeit bestraft sind.

Der Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, der Kleinhandel mit altem Metallgeräth oder Metallbruch (Trödel), oder mit Garnabfällen oder Drämmen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen, ferner das Geschäft eines Pfandleihers kann Denjenigen untersagt werden, welcher wegen aus Gewinnsucht begangener Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigenthum bestraft worden ist.

Das Geschäft eines Gesindevermieters kann Denjenigen versagt werden, welcher wegen aus Gewinnsucht begangener Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigenthum oder wegen Vergehen oder Verbrechen gegen die Sittlichkeit bestraft worden ist.

Der Handel mit Dynamit oder anderen Sprengstoffen kann Denjenigen untersagt werden, welcher wegen Zuvielhandlung gegen die darauf bezüglichen Vorschriften bestraft worden ist.

Personen, welche die in diesem Paragraphen bezeichneten Gewerbe beginnen, haben bei Eröffnung ihres Gewerbetriebes der zuständigen Behörde hiervom Anzeige zu machen.

Eventuell: für den Fall der Annahme des § 35 der Kommissionsvorlage im ersten Absatz die Worte zu streichen:

„wie der Betrieb von Badeanstalten“ und im dritten Absatz die Worte zu streichen von „der gewerbsmäßigen Besorgung“ an bis zu „Darlehen und Heirathen.“

sowie den letzten Satz des dritten Absatzes: „Denjenigen, welche gewerbsmäßig ic.“ als besonderen Absatz anzunehmen.

Abg. Münnel: Unsere Anträge haben den Zweck, die alte Gewerbeordnung in Kraft zu lassen und wir haben Ihnen nur ein einziges Zugeständniß machen können, indem wir den Handel mit Dynamit und anderen Sprengstoffen von dem Ermessen der Polizei abhängig machen wollen. Die alte Gewerbeordnung bestimmt, daß Tanz-, Turn- und Schwimmlehrern nur dann die weitere Ausübung ihres Berufes untersagt werden kann, wenn sie wegen Sitt-

lichkeit vergeben bestraft waren. Trödlern kommt die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb nur dann entzogen werden, wenn sie sich eines Eigentumsvergehens schuldig gemacht hatten. Gesindevermiether jedoch verloren ihre Koncession, wenn sie aus einem der beiden Grunde bestraft worden waren. Das ist konsequent, und es soll jeder nur an dem Gliede bestraft werden, an dem er gesündigt hat, und nur solche Vergehen dürfen Veranlassung geben, die weitere Ausübung eines Gewerbes zu untersagen, welche mit dem Gewerbe in einem Zusammenhange stehen, gewissermaßen in Ausübung derselben begangen sind. Ich selbst hätte es am liebsten gesehen, wenn die Koncessionsentziehung in die Hand des Richters gelegt würde, der die Verurtheilung wegen des Vergehens ausgesprochen hat, da er allein in der Lage ist, zu beurtheilen, ob die Koncessionsentziehung eine Nothwendigkeit ist. Wenn wir einmal daran gehen werden, die ganze Gewerbeordnung zu revidieren, dann werde ich vielleicht einen solchen Antrag stellen. — Wir haben die gegenwärtige Verabschaffung in einer Weise begonnen, die besonders Herrn von Minnigerode sehr gefallen haben muss, denn sie geschieht nach kavalieristischen — nicht kavalieristischen — Grundsätzen: erst die Sorge für das Pferd, dann für den Mann! Nun, Sie können aufs Frieden sein, den Gutbeschlag haben Sie gerettet, und es schadet gar nicht, daß der Pferdefuß zuerst herausbliebt. (Heiterkeit.) So sind wir immer tiefer herabgestiegen zu den niedrigeren Arten der „ehrlichen Arbeit“, denn mit dieser haben wir es auch bei allen Kategorien zu thun, die der § 35 umfaßt. Die Gesetzgebung hat aber in dieser Vorlage nur die franken Zustände in diesen Kategorien berücksichtigt, und sie will, um sie zu beseitigen, ihnen soviel polizeiliche Arznei geben, daß sie sie tödten müssen. Von solchen polizeilichen Arzneimitteln stroht diese Vorlage. Die bestehenden vernünftigen Bestimmungen will man ganz dem Erneissen der Polizei opfern, es soll nun jetzt die polizeilich dargethane Unzuverlässigkeit genügen, um einem Menschen die Erlaubnis zu weiterem Gewerbebetrieb zu entziehen. Wohin das führen kann, geht schon daraus hervor, daß die Polizei bereits dann Unzuverlässigkeit annehmen kann, wenn nach ihrer Meinung ein Mensch in seinem Berufe das nicht zu leisten vermag, was sie für nothwendig erachtet. Es ist vollkommen gleichgültig, ob ein Tanzlehrer in anderer Hinsicht, als in sittlicher Intalt ist, ob ein Trödler wegen Beleidigung oder etwa politischer Vergehen bestraft ist. Man macht mit der neuen Vorlage die Gewerbetreibenden ganz und gar von dem Wohlwollen der Polizei abhängig und damit es nicht allzu weit her. Da, wenn es noch das Wohlwollen des Herrn Regierungskommissars wäre (Heiterkeit), wenn er auch einmal böse wird, so wird er doch bald wieder gut; er ist auch gegen mich schon böse geworden, aber wir haben uns doch bald wieder vertragen. (Heiterkeit.) Wenn die Motive sagen, daß § 35 der Rechtskonsulenten nicht zuverlässig sind, so darf man wohl mit gleichem Rechte annehmen, daß ebensoviel Prozent der Polizeibeamten nicht liebenswürdig sind. Man sieht dies auch aus dem Bericht des Berliner Polizeipräsidiums, das in einem Jahre gegen 78 Gasthofbesitzer auf Koncessionsentziehung geflagt hatte und nur 38 dieser Prozeß gewann. Also allzu liebenswürdig sind die Polizeiorgane nicht. Man muß, ohne mit Rücksichtsbändern zu sympathisieren, anerkennen, daß ihr Beruf ein Bedürfnis ist und ebenso erkläre ich, dem Sie doch gewiß keine Sympathien für die Winkelfonsulenten zutrauen werden, daß diese Leute nothwendig sind. Wie leicht können diese Leute gegen die Polizeibehörde in einem anderen Auftrag gemacht haben, um von derselben als unzuverlässig betrachtet zu werden. So macht man diese Leute vollständig abhängig von der Polizei, deren Agenten sie unter diesen Umständen werden. (Sehr wahr! links.) Der § 58 der alten Gewerbeordnung enthält genug drückende Vorwürfe gegen die im § 35 bezeichneten Kategorien; vermehren Sie diese nicht unnötigerweise, erweitern Sie nicht ohne Noth die polizeilichen Befugnisse und deshalb bitte ich Sie, es bei der alten Ordnung zu belassen und sich mit dem Dynamit zu begnügen, den wir Ihnen gerne aufgetragen. (Bravo! links.)

Abg. v. Köller: In der Kommission ist man von der Meinung ausgegangen, für die Kategorien, um die es sich hier handelt, keine besondere Koncession einzuführen, aber man hielt es für erforderlich, ihren Gewerbebetrieb von gewissen Einschränkungen abhängig zu machen. Es hat sich gezeigt, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen und man war in der Kommission einig darüber, daß ein neues Prinzip hier eingeführt werden muß. Dasselbe, das durch die Kommissionsvorschläge Billigung gefunden hat, hat die Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden an Stelle der Unbescholtenheit geetzt und wenn ich auch zugestehen muß, daß dadurch der Polizei ein weiterer Spielraum gewährt wird, so ist das doch kein Unglück. Es ist ja möglich, daß Herr Munkel Erfahrungen mit unliebenswürdigen Polizeibeamten gemacht hat, aber das sind ja nicht dieselben, in deren Hand die Feststellung der Unzuverlässigkeit eines Menschen liegt. Wenn aber Herr Munkel sagt, daß es neu sei, daß die Unzuverlässigkeit eines Menschen genügen sollte, ihn von einem Gewerbe auszuschließen, so hat er sicherlich die ersten dreißig Paragraphen der Gewerbe-Ordnung überschlagen, denn der § 30 des Gesetzes vom Jahre 1869 gestattet schon, die Schankkoncession denen zu versagen, deren Unzuverlässigkeit feststeht. Das neue Prinzip ist durchaus nothwendig, wenn es sich um Konzessionierung von Tanz- und Schwimmlehrern handelt, denn es wird Niemand leugnen wollen, daß bei diesen Gewerben Sitze und gute Ordnung ein nothwendiges Erforderlich sind. Daß die Herren (zur Linken) uns das Dynamit zugestehen, ist sehr erfreulich; aber wo es anfängt, ungemeinlich zu werden, sind Sie auch dabei. (Widerspruch links.) Wir legen mehr Gewicht auf moralische Sicherheit! (Bravo rechts.) Redner schildert darauf die verderbliche Thätigkeit mancher Gesindevermiether und Auktionsatoren, fordert zur Heraussetzung der hohen Gebühren für die Rechtsanwälte auf, um die Konsulenten entbehrlös zu machen. Unter den Leichteren gebe es viel unehrenhafte Subjekte, und da man ihnen nach der jetzigen Gewerbe-Ordnung nur dann die Koncession entziehen könne, wenn sie bestraft sind, so seien diese Leute, bis sie bestraft werden, in der Lage, viel Unheil anzurichten. Schließlich unterwirft Redner die Thätigkeit der Chevermittler einer abfälligen Kritik und erzählt, daß erst kürzlich ein unglückliches Dienstmädchen, wie die Zeitungen berichten, mit einem schlechten Bräutigam durch eine Chevermittlerin beglückt wurde. (Heiterkeit.) Solchen Zuständen gegenüber rief er dem Abg. Richter (Hagen) die Worte zu, die dieser kürzlich an die Konkurrenten gerichtet: Wie Rhodus, hic tu salta. (Große Heiterkeit.) Wenn die Liberalen hier die Hilfe versagten, so werde ihnen das Niemand im Lande danken. (Bravo! rechts.)

Abg. Reichensperger (Krefeld) beantragt, in Absatz 1 die Worte „sowie der Kleinhandel mit Garnabfällen oder Drämmen von Seide“ zu streichen; und dem § 35 folgenden Zusatz als Absatz 5 zu geben: „Lumpensammler, Trödlern und Kleiderhändlern ist der

Zusatz 20 Pf. die sechsgespaltenen Teilstücke über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Ein- und Verkauf von verarbeiteter Seide, Seidenabfällen und sogenannten Dräumen von Seide nur auf Grund einer besondern obrigkeitlichen Erlaubnis gestattet.“ — Redner hält eine Erweiterung des § 35 in der von ihm bezeichneten Richtung nur deshalb für notwendig, um Vergehen und Verbrechen vorzubeugen. Man könnte sich nicht darauf beschränken, bestrafte Personen den Gewerbebetrieb zu untersagen, denn gewöhnlich übertragen diese ihr Geschäft einem ihrer Angehörigen. Der Polizei müsse hier ein weiterer Spielraum gelassen werden, um wirksam eingreifen zu können. Viele Gewerbetreibenden leiden unter den Defraudationen ihrer Arbeiter so schwer, daß nicht selten der Niedergang eines Geschäfts auf die Veruntreuungen der Angestellten zurückzuführen ist. Der Trödler, der Lumpensammler aber leistet dem verbrecherischen Treiben in den meisten Fällen Vorschub oder begünstigt dasselbe. Er empfiehlt die Annahme seines Amendements. Geh. Rath Bödiker hält den Antrag Reichensperger für zu weit gehend, die Konsequenzen desselben lassen sich im Augenblick gar nicht übersehen. Der Kommissar tritt sodann den Ausführungen Munkels entgegen. Zum Beweise, daß man selbst in den Kreisen der Rechtskonsulenten eine anderweitige Regelung dieses Gewerbebetriebes wünsche, verweist Redner auf die Petitionen von Rechtskonsulentenvereinigungen, welche ausdrücklich Koncessionsentziehung auf Grund eines Qualifikationsnachweises fordern. So weit gehe die Vorlage nicht. Was die übrigen Gewerbe anlangt, so verweist der Kommissar auf die bezüglichen Bestimmungen anderer Länder, welche zum Theil weit über die hier vorgeschlagenen hinausgehen. Die Vorlage habe lediglich den Zweck, die bestehenden Uebelstände auf dem Gewerbegebiete zu beseitigen, und daß solche vorhanden sind, werde Niemand in Abrede stellen.

Abg. Dr. Blum erkennt die Nothwendigkeit einer anderweitigen Regelung der hier in Betracht kommenden Gewerbebetriebe an, denn es sei nicht zu verkennen, daß mancherlei Kalamitäten aus der völligen Freigabe dieser Gewerbe entstanden sind. Redner will der Polizei nicht einen zu weiten Spielraum eintäuschen und schlägt deshalb für den § 35 eine Fassung vor, die sich im Wesentlichen mit dem Antrag Baumback deckt und zu deren Gunsten der Abg. Richter (Hagen) den Prinzipialantrag Baumback zurückzieht. Der eventuelle Antrag Baumback wird dagegen aufrecht erhalten.

Abg. Meißner (Hortstr.) erörtert den Unterschied zwischen den alten Bestimmungen der Gewerbeordnung und der vorgeschlagenen Bestimmung des § 35, der namentlich darin besteht, daß nach der Vorlage ein Gewerbebetrieb untersagt werden kann, für den eine Erlaubnis gar nicht erforderlich ist, was nach den früheren Bestimmungen nicht der Fall war. Das sei eine sehr unglückliche Neuerung. Glaube doch Niemand, daß ein ehemaliger Zuchthäusler sich vor der geringen Strafe der Gewerbeentzweiung fürchten werde, wenn es sich darum handelt, einen Vortheil durch die Kontravention zu erreichen. Der Regierungskommissar finde es auffallend, daß ehemalige Handwerker Tanzlehrer geworden seien. Sind denn nicht Droschkenflicker große Sänger geworden? Wer soll denn die Fähigkeiten polizeilich prüfen? Man müßte dann technische Ressorts bei der Polizei errichten. Redner empfiehlt den Antrag Blum zur Annahme.

Abg. Dr. Windthorst wird trotz der großen Bedenken, der Polizei so weitgehende Befugnisse in die Hand zu geben, für den § 35 stimmen. Die Uebelstände auf dem beregneten Gebiete seien derartige, daß etwas geschehen müsse. Leider habe die Polizei in den langjährigen politischen und religiösen Kämpfen viel an Vertrauen verloren. Aber auch die Gerichte seien von ihrer früheren Höhe herabgesunken. (Widerspruch.) Die Regierung sollte endlich begreifen, daß sie mit der Polizei in der Kirche und in der Politik nichts Gutes ausrichten kann. Wir sind durch die Polizei in die traurige Lage gebracht, in der wir uns befinden, und die liberale Partei hat dabei redlich mitgeholfen. Aber den herrschenden Uebelständen gegenüber sind wir genötigt, die Polizei zu rufen. Wir wissen, daß wir die Hand dadurch stärken, die schwer auf uns lastet; es ist das eine Entzägung der schwersten Art, aber wir müssen sie unter den obwaltenden Umständen bringen. Ich werde für den Kommissionsantrag stimmen, siehe aber dem Antrage Blum auch unsympathisch gegenüber und werde prüfen, was sich von demselben verwerthen läßt. Was den Dynamithandel betrifft, so ist auch mir zweifelhaft, ob die Gesetzgebung ausreichen wird, dieses Uebel völlig zu beseitigen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie werden so lange lachen, bis Sie das Dynamit unter dem Tisch haben. (Heiterkeit.) Denken Sie an Irland. (Ruf: Das sind ja Katholiken!) Wir leben dort, wohin Unterdrückungen fließen. (Rufe: Durch die Polizei!) Beherigen Sie das und beseitigen Sie die Unterdrückungen der Religion. Die Regierung möge erklären, daß Dynamit nur vom Staate abgegeben werden darf. Redner fordert völlige Belebung des Gewerbes der Rechtskonsulenten. Das heutige Unwesen sei auf unsere heutige fehlerhafte Unterrichtseinrichtung zurückzuführen, die nur die Vorbildung für das Freiwilligenjahr im Auge habe und dadurch die Bildung hervorrufe. Solche Leute gehen zuerst zu den Stellungen der Unterbeamten der Justiz und Verwaltung über und später zur Winfels-Advokatur, denn tüchtige Leute finden auf den Amtsgerichten stets Gelegenheit, Nützliches zu leisten. Abhilfe muß hier geschaffen werden, denn so wie die Sache augenblicklich liegt, kann sie nicht bleiben.

Geh. Rath Bödiker dankt dem Abgeordneten Windthorst für die Unterstützung der Vorlage und erklärt, daß die Regierung das größte Gewicht darauf lege, daß die Vorlage unverändert angenommen werde. Besonders beziehe sich das auf die Winkelfonsulenten, die der Antrag Blum gänzlich ausgelassen habe. Redner bemüht sich, durch Verlesung mehrerer Petitionen gegen die Konsulenten, deren gemeinschaftliches Treiben besonders in ländlichen Kreisen zu schildern.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Windthorst hat gefragt, daß wir nur für uns Freiheiten wollen, hingegen die Katholiken in den übrigen möglichst beschränken. Aber, handelt es sich hier um uns und unsere Genossen, sind denn wir Konzienten, handeln wir mit Dynamit? (Heiterkeit). Durch die vorliegenden Bestimmungen werden eben so wohl Evangelische, wie Katholiken betroffen. Wenn der Abgeordnete Windthorst aber die Gerichte beglückt und sie der Parteilichkeit gegen die Katholiken zieht, so muß ich sagen, daß selbst die stärker Zunuthungen, die der Reichskanzler an die Gerichte gestellt hat, so weit nicht gegangen sind. Wenn man selbst von der Person des Richters abstieß, so liegt doch jedenfalls in dem öffentlichen Gerichtsverfahren eine größere Garantie für das Rechte, als in dem polizeilichen Ermessen. Wenn man die Ausführungen des Abg. Windthorst hört, so gewann man den Eindruck, als ob in den letzten Jahren Herr Hönel Reichskanzler gewesen ist. Es ist Herr Windthorst offenbar angenehm, sich nicht an die richtige Adresse wenden zu müssen. Der Kulturlampf ist

aber jedenfalls das ureigenste Werk des Reichskanzlers. Sie (zum Zentrum) sind für ihn jetzt Gegenstand diplomatischer Verhandlungen und werden ihm das so lange sein, so lange Sie ihm so angenehme Dienste leisten, wie bei der Polizeivorlage und deshalb haben Sie auch noch immer keinen Frieden. Wir wollen Ihnen Antrag, den Sie schon lange eingebracht haben, gern unterstützen, aber Sie wollen gar nicht, daß Ihnen geholfen werde, weil eben diplomatische Verhandlungen dazwischen stehen. Fast alle Parteien wollen an den Kulturmäpgefechten eintragen lassen, aber der Kanzler will es nicht zu Aenderungen kommen lassen. Also, schweigen Sie doch nicht so diplomatisch von dem Herrn Reichskanzler und richten Sie Ihre Worte an Den, Den es angeht. (Sehr gut! links.) — Herr v. Kölle hat im Höhepunkt seiner Rede von dem unglücklichen Dienstmädchen mit dem schlechten Bräutigam gesprochen. Aber solche Ehren werden auch außerhalb des Vermittlungsbüros geschlossen, und da würde es sich wohl empfehlen, wenn Sie dann den Bräutigam überhaupt verstaatlichen (Große anhaltende Heiterkeit), und ich will Ihnen gern einen Antrag formulieren: Wenn sich ein Bräutigam gegen sein Verprechen in der Ehe als unzuverlässig erweist, so u. s. w. (Heiterkeit.) Herr v. Kölle hat auch gesagt, daß er und seine Freunde mit den Verhältnissen in der Stadt nicht Bescheid wüssten, und bei der Bekämpfung der Tingeltangel, die ja doch auch in der Stadt sind, waren es gerade diese Herren, die sich besonders hervorgetan haben. (Heiterkeit.) Herr v. Kölle hat auch bei Besprechung der Täglichkeit der Konzessionen gefragt, daß die Dummens nicht alle werden. Das ist aber in allen Gewerben der Fall und konsequenter Weise müßten Sie dann auch für jeden Pferdehändler, der einmal eine Täuschung beginnt, eine Konzession einführen. (Heiterkeit.) Sie glauben immer, daß Alles gut werden müsse, wenn nur die Macht der Polizei vergrößert würde. Aber die Befugnisse derselben reichen jetzt schon zu weit und deshalb fehlt sie immer dort, wo man sie am nötigsten braucht. (Sehr richtig! links.) Die schlimmste Wirkung der Annahme dieser Bestimmungen wäre aber die, daß das Publikum annehmen würde, daß alle Konzessionen, die polizeilich konzessioniert sind, in der That zuverlässige Leute sind und die Vertrauensseligkeit des Publikums würde dadurch nur gesteigert. Allmählich kommt man darin, für jeden Bürger drei Polizisten zu bestellen. (Sehr gut! links.) Die Konzessionen sind eine absolute Notwendigkeit, besonders in den Landestheilen, in denen früher die freie Adolatur nicht bestand und jetzt ein Nebengangsstadium vorhanden ist. Je mehr Polizeigesetz Sie aber machen, je mehr Konzessionen braucht man. Nur weil die Nachfrage nach diesen Leuten so groß ist, existieren sie in so großer Anzahl. Es gibt viele Arbeiten, mit denen man die Rechtsanwälte nicht beauftragt will, und von denen diese auch bei ihrer geringen Kenntnis des Verwaltungswesens nichts verstehen, und welche von den Konzessionen sehr gut ausgelüftet werden. Die frühere Konzession an Konzessionen ist ein Heer von politischen Beeinflussungen und amtlichem Missbrauch gewesen. Wer einer freisinnigen Partei angehört, erhält keine Konzession. Der Standpunkt des Herrn von Kölle ist der allgemeine Polizeistandpunkt, von jedem das Schlechteste zu glauben und ihn so lange als möglich zu verdächtigen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Windhorst: Ich habe vorhin ausdrücklich erklärt, daß auch ich glaube, die Polizei werde ihre Befugnisse überbreiten und ich zweiste nicht, daß besonders mancher Katholik darunter leiden würde. Aber die Uebelstände sind zu groß, das kommt daher, weil der Kirchensatz alle Lande gesprengt und das muß anders werden. Diesen Uebelständen gegenüber habe ich die Erweiterung der polizeilichen Machtbefugnisse für das kleinere Uebel gehalten. — Für den Kulturmäpf habe ich die Liberalen nicht vorwurflos machen wollen, sondern nur gesagt, daß die Kulturmäpfgesetze in der liberalen Ära entstanden sind. Die Katholiken werden in Deutschland nie etwas erreichen, weder in der Verwaltung, noch in der Armee. (Widerspruch links und rechts.) Herr Richter hat gesagt, daß wir uns nicht helfen lassen wollen; ich nehme Ihre Unterstützung für unseren Antrag gerne an, aber ich frage Ihnen, ob er auch für seinen Kollegen Haniel und viele andere Fraktionsgenossen Bürgschaft übernehmen will, daß diese, wie er, verfahren werden. Es handelt sich darum, die Schmach von Deutschland zu nehmen, daß 16 Millionen Katholiken gefangen sind und in einem unerhörten Gewissenszwang leben. (Bravo! im Zentrum.) Durch diese Auflösung aller Bande sind die Zustände geradezu schreckend geworden, und wie sehr ich es auch beklage, so halte ich die größere Macht der Polizei für eine entehrliche Notwendigkeit. (Bravo! im Zentrum.)

Finanzminister Scholz: Die Regierung ist nicht darauf vorbereitet gewesen, daß sich bei dieser Gelegenheit eine Kulturmäpfdebatte entspinnen werde. Ich würde auch darauf verzichten, auf die Ausführungen des Abg. Windhorst etwas zu erwidern, wenn ich nicht befürchten müßte, daß im Lande dieses Schweigen der Regierung mißdeutet werden könnte. Dem Hause gegenüber hätte ich das nicht für nötig erachtet; denn Sie, die Sie gehört haben, daß 15 Millionen Seelen gefangen seien sollen, (Samohl! im Zentrum), werden daran am besten die Bedeutung der übrigen Ausführungen ermessen können, die ich einfach als Übertreibungen bezeichne (Lebhafte Widerspruch im Zentrum, Zustimmung rechts). Es ist nicht wahr, daß die Katholiken in Deutschland nichts erreichen. Ich kann das jetzt nicht erweisen, beschränke mich darauf, diese Behauptung für unwahr zu erklären und stelle Ihnen meinen absoluten Widerspruch gegenüber. (Bravo! rechts.)

Die Debatte wird darauf geschlossen und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Antrag Blum in seinen 4 Theilen in vier verschiedenen Abstimmungen mit 128 gegen 127, bez. 130 gegen 129 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr, Tagesordnung: Gewerbeordnungs-Novelle. Schluss 5 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. April. [Die Gewerbeordnungs-debatten. Kirchenpolitisches. Die Verhandlungen mit Spanien.] Der Verlauf der gegenwärtigen Reichstags-Verhandlungen über die Novelle zur Gewerbeordnung mit Ihnen durch eine oder zwei Stimmen entschiedenen Abstimmungen macht allseitig einen um so unerträglicheren Eindruck, da man auf eine Wiederholung dieses Schauspiels bei der dritten Lesung, wo möglicherweise eine oder zwei Stimmen im entgegengesetzten Sinne den Ausschlag geben können, gefaßt sein muß. Die schwache Besetzung des Hauses, in welchem trotz der Wichtigkeit des Berathungs-Gegenstandes regelmäßig 120 Mitglieder fehlen, ist zum Theil darauf zurückzuführen, daß man sich sagt, bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags enthalte doch keine Abstimmung der zweiten Lesung ein Präjudiz für die der dritten, bis jetzt kann man übrigens liberalerseits mit dem, was geschehen ist, noch lediglich zufrieden sein; so weit einzelne Änderungen der bestehenden Gewerbeordnung in der allgemeinen Richtung der Novelle beschlossen worden, sind Ihnen doch vorher die Giftpföhne durch Amendements ausgebrochen worden. Man kann recht wohl zweifelhaft darüber sein, ob vom liberalen Standpunkte aus die bisherigen Bestimmungen gegen die "Tingeltangel", gegen den Missbrauch des Tanz-, Schwimm- und Turn-Umferrichts zu unzulässigen Zwecken sc. oder ob die durch nationalliberale Amendements abgeschwächten Vorschläge der Novelle vorzuziehen seien. Der Unterschied ist aber, nachdem diese Amendements angenom-

men worden, doch geringfügig. — Es ist sehr natürlich, daß die offiziöse Mittheilung über die Allianz zwischen Deutschland, Österreich und Italien einen sehr peinlichen Eindruck auf die Klerikalen gemacht hat, welche noch immer in jeder Festigung der europäischen Stellung des italienischen Nationalstaates einen Nachteil für das Papstthum erblicken. Trotzdem wird ein erheblicher Einfluß dieses internationalen Vorgangs auf die innere deutsche, resp. preußische Kirchenpolitik kaum zu erwarten sein. Es war charakteristisch, daß Herr Windhorst sich gestern — wenngleich er die üblichen Klagen über die "Knechtshaft" der Katholiken vorbrachte — durch keine Provokation des Abg. Richter, durch keinen Spott desselben über die "diplomatische Verhandlung" des Zentrums durch den Kanzler, von dem Eintreten für die Regierungsvorlage abhalten ließ, so antipathisch dem Zentrum auch die Machtweiterung der Polizei ist. Die sachliche Aussichtslosigkeit der neuesten Verhandlung mit der Kurie ist eben schon seit vielen Wochen so groß, daß die vollzogene Annäherung der Kabinette von Berlin und Rom sie kaum noch vergrößern konnte; Herr Windhorst hat deshalb klüger, als die "Germania", gehandelt, indem er zu der Bestätigung des Allianz-Abschlusses gute Miene mache. Sehr möglich, daß die vollzogene Veränderung der europäischen Situation die Kurie sogar veranlaßt, mildere Saiten der preußischen Regierung gegenüber aufzuführen; die Intransigenten im Vatikan werden zwar nun erst recht Alles aufzubieten, um es zu verhindern, aber Leo XIII. ist ja ein Diplomat, oder hält sich wenigstens für einen solchen. — Die scharfen offiziösen Publikationen gegen die spanische Regierung wegen ihrer Winkelzüge in der handelspolitischen Verhandlung stehen mit den Angaben über die Möglichkeit einer günstigen Wendung infofern nicht im unbedingten Widerspruch, als man sich eine solche allem Anschein nach jetzt hier wesentlich davon verspricht, daß die Madrider Regierung sich im letzten Augenblick klar macht, wie unlug es aus europäischen Gründen ist, sich ohne Noth mit dem deutschen Reiche zu überwerfen.

Wien, 8. April. Gestern Abend fand bei dem deutschen Botenfalter, Prinzen Reuß, eine Theatervorstellung statt, an welcher Mitglieder der hervorragendsten adeligen Familien Österreichs mitwirkten. Sämtliche in Wien anwesenden Erzherzöge und Erzherzoginnen wohnten dem glänzenden Feste bei. — Das "Fremdenblatt" kommt auf die Nachricht von einer Tripelallianz zwischen Deutschland, Österreich und Italien zurück und sagt, der geschilderte Artikel der "Norddeutschen Allg. Zeitung", welcher das Gepräge einer autoritären Neuordnung von maßgebendster Seite an sich trage, müsse den Franzosen auch den legitimen Zweifel bemeinen, und die französischen Staatsmänner müßten zu der sicherer Überzeugung gelangen, daß Frankreich keinen Krieg zu befürchten habe, wenn es ihn nicht selbst hervorrufe.

Rom, 7. April. Im Senat erklärte bei der Verabthung des Budgets des Auswärtigen der Senator Pantaleoni, daß er von einzigen Thatsachen und Dokumenten gestützten retrospективen Debatten über die auswärtige Politik seine große Wirkung erwarte. Er findet eine wirkliche Besserung seit einem Jahre in der Haltung der Regierung in Betreff der internationalen Beziehungen, bespricht die Situation und die Haltung Italiens, sowie den Berliner Vertrag auf der Grundlage der in dem Grünbuch veröffentlichten Dokumente und bedauert, daß die Dokumente über die unchristlichen Angelegenheiten noch nicht vorgelegt seien. Der Redner unterzieht die englisch-französische Kontrolle in Egypten einer scharfen Kritik und sagt, die Ausschließung Italiens von Egypten rührte weniger von England als von der erbitterten Feindschaft Frankreichs her. Man müsse an die Vertheidigung Sardiniens denken, das durch die Gegenwart Frankreichs in Tunis bedroht sei. Italien darf um seinen Preis die Okkupation von Tunis anstreben. Er hege keinen Gros gegen Frankreich und glaube, daß es seinem krankhaften Zustande zur Beute gefallen sei. Der Redner erkennt an, daß der Minister des Auswärtigen, Mancini, die kontinentale Politik Italiens gegenüber Österreich-Ungarn und Deutschland unterstützt habe.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 9. April.

d. [Polnische Sozialisten.] Das in Genf erscheinende polnisch-sozialistische Organ "Przedswit", welches aus dem Sozialistenprojekt gegen Mendelsohn und Genossen bekannt ist, und welches auch unter der hiesigen polnischen Arbeiterbevölkerung andauernd verbreitet wird, bringt aus Posen folgende Mittheilungen: "Die Polizei späht aufs Neue und beginnt neue Verfolgungen. In der Angelegenheit des Dyssel (es ist dies ein junger Mensch aus dem Auslande, den die Polizei nach Weihnachten verhaftete und der eigentlich Podlewski heißen soll), des Grzesiekowit und Slotwinck (die im Herbst vorigen Jahres verhafteten Sozialisten, gegen welche gegenwärtig die Untersuchung schwelt) ist uns noch nichts Weiteres bekannt; unterdessen hat die Polizei bei der Frau des Bujakiewicz (welcher in dem Prozeß gegen Mendelsohn und Genossen bekanntlich gleichfalls verurtheilt wurde), Haussuchung abgehalten und dabei die ganze Wohnung umgeherrscht. Bujakiewicz ist schon seit längerer Zeit nicht mehr hier; denn es wurde ihm unerhört schwer, hier nach dem Prozeß Arbeit zu finden, und er reiste daher nach Thorn. Es wird hier auf Leben schmälerlich Acht gegeben und man kann sich geradezu nicht mehr rühren". Nach der im "Przedswit" enthaltenen Korrespondenz aus Breslau agitieren die Genfer Sozialisten auch unter den dortigen Polen. In den Korrespondenzen wird darüber gellagt, daß so jung dort auch die Agitation noch ist, die Regierung doch schon die in Breslau sich zeigenden polnischen sozialistischen Zeitschriften verboten habe. Im Februar d. J. habe dort die Polizei einen gewissen Stephan Garnecki verhaftet und bei ihm Broschüren, Aufrufe und den "Przedswit" gefunden. Sie habe auch den 80jährigen Leichtert verhaftet und alsdann aus Preußen ausgewiesen, ebenso einige Male bei einem gewissen B. Haus suchung abgehalten, bis derselbe Breslau verlassen habe. Die Polizei habe nach Mittheilungen über einen gewissen Podlewski, d. h. jenem Dyssel, welcher in Posen verhaftet worden sei, gesucht. "Die Polizei späht und möge auch nur spähen; ob sie

etwas Besonderes ausspähen werde, sei zu bezweifeln. Man könne sogar behaupten, daß dieses Spähen und alle damit in Zusammenhang stehenden "Hecken" den Sozialisten ganz erwidernsjeten; denn sie setzen das göttliche Völker in Bewegung und lassen es immer mehr sich für die Arbeit der Sozialisten interessieren; sogar solche winzige Unruhe der Polizei habe Dieser schon gewisse Dienste geleistet; für den Anfang sei auch dies gut."

r. Zur Eröffnung des neuen Postgebäudes, resp. der neuen Publikumshalle des Postgebäudes, welche heute (9. d. Ms.) dem Betriebe eröffnet worden ist, fand Sonntag den 8. d. Ms. in dieser Halle eine entsprechende Feier statt. Über der Haupttreppe des Gebäudes an der Ecke der Friedrichs- und Wilhelmsstraße wehte die deutsche Reichs-Postfahne mit den drei Farben des deutschen Reichs und dem Posthorn. Der Eingang zu der Publikumshalle, dem größten und schönsten Raum des Gebäudes, befindet sich an der abgeschrägten Ecke des Gebäudes, welche auch äußerlich zu dem schönen Theile desselben gestaltet worden ist. Wie das ganze Gebäude, ist diese Front im deutschen Renaissancestil mit reicher Verwendung von architektonischen und bildnerischen Schmuck aus rotem Sandstein ausgeführt worden; einen besonders schönen Anblick gewähren die Säulen und die Karyatiden, darüber die Uhr sc. Von dem Eingange an dieser Front gesagt man zu der hohen halbrunden Publikumshalle, welche durch Oberlicht erleuchtet wird und reich mit bildnerischen und malerischen Schmuck geziert ist. Die Skulpturen in diesem schönen Raum sind von dem Bildhauer Biagi in angefertigt, während der Maler Wedemann den gesamten Raum in Delwachsfarben gemalt hat. Die drei an den Wänden befindlichen schön ausgeführten allegorischen Bilder stellen dar: das mittlere die Land- und Lustpost (d. h. Post und Telegraphie), die erste dargestellt als männliche Figur mit einem Pferde, die letztere als weibliche Figur mit einem Adler, zwischen beiden Figuren der deutsche Reichsadler; die beiden an der Seite: die Täglichkeit der Post und Telegraphie, und die Post des Inn- und Auslandes. In dem Hauptraume der Publikumshalle befindet sich an der halbrunden Seite 7 Schalter, in den Nebenräumen der Halle außerdem noch an jeder Seite 3, im Ganzen also 13 Schalter. Der Fußboden ist mit gebrannten, mosaiktartigen Thonplatten belegt, und alles in dem Raum befindliche Holz-Schnitzwerk im deutschen Renaissancestil gehalten. In dem Hauptraume der Schalterhalle waren für die Feier die Büsten des Kaisers und des Kronprinzen immitte gründernder Tropf gewählt.

Nachdem sich die sämtlichen zu der Feier eingeladenen: die Beamten der Post- und Ober-Postdirektion, theils in Uniform, theils im Gesellschaftsanzug, sowie die Bau-Handwerker, welche an dem Bau mitgewirkt, in der Publikumshalle versammelt hatten, begann die Feier pünktlich 12 Uhr Mittags. Der königliche Baumeister Flehburg, welcher die Spezialleitung des Baues geführt, wendete sich an den aus Berlin zu der Feier erschienenen Ministerialdirektor Dr. Fischer, und sprach zu demselben folgende Worte: "Mit dem heutigen Tage, an welchem diese Publikumshalle und die daran liegenden Räume dem Verkehr übergeben werden sollen, ist der bedeutendste Abschnitt beim Bau dieses Hauses erreicht. Danken wir Gott, daß es uns vergönnt war, diese Aufgabe schlicht und recht zu erfüllen, und bitten wir ihn, daß er auch ferner schützend seine Hand über uns halten möge. Mit dem Wunsche, daß in diesem dem öffentlichen Wohle errichteten Hause auch die Wohlfahrt der Beamten selbst rechtes Geleben finden möge, überreiche ich Ihnen, Herr Ministerialdirektor, den Schlüssel dieser Halle!" — Der Ministerialdirektor Dr. Fischer sprach hierauf etwa folgende Worte: "Die Vollendung und Eröffnung dieser Halle bildet den Schlussstein einer mehrjährigen angestrebten Bautätigkeit, welche das Ziel hatte, am bisherigen Orte ein Gebäude zu schaffen, welches der gesteigerten Bedeutung des Verkehrs der Stadt und Provinz Posen entspräche und gleichzeitig auch eine Zierde der Provinzial-Hauptstadt wäre. Das alte bisherige Gebäude gehörte der Postverwaltung kaum ein notdürftiges Unterkommen; und es galt nun, eine neue Stätte zu schaffen, welche nicht nur der Postverwaltung, sondern auch der bisher von ihr völlig getrennten Telegraphie ein dauerndes, geeignetes Unterkommen zu bieten vermöchte. Das dieses Ziel hat erreicht werden können, verdanken wir der Gönning, mit der die Handwerker an dem Bau vereint gewirkt haben. Es gewährt mir eine Genugthuung, Ihnen, Herr Postbaudirektor Wolff aus Stettin, dem Herrn Baumeister und den beim Bau beschäftigten Handwerkern meine Anerkennung dafür auszupredigen, daß Sie hier ein Denkmal Ihrer Kunsttätigkeit geschaffen haben. Sie, meine Herren Beamten, haben durch die unvermeidliche Vertheilung des Baues auf mehrere Jahre viel zu leiden gehabt; Ihre Kraft ist durch die öftere Verlegung der Büros stark in Anspruch genommen worden; diese erhöhten Anforderungen haben Sie mit Eifer genügt. Ich spreche Ihnen dafür meinen Dank aus und gratuliere Ihnen zu den hellen Räumen, in denen Sie von nun ab wohnen. Nehmen Sie in das neue Gebäude den altpreußischen Geist strenger Pflichterfüllung, kollegialischen Zusammenwirks und treuer Hingabe an Ihren Beruf mit hinüber! Das der Bau über das Nötigste hinaus hat ausgeführt und vollendet, und auch künstlerisch geschmückt werden können, das verdanken wir der gesteigerten Machtstellung des Deutschen Reichs und dem Frieden, den uns unter Kaiser über 10 Jahre lang gewahrt hat. Unser Kaiser ist der Baumeister des Deutschen Reiches gewesen und ihm verdanken wir die Mittel zu diesem Bau. Es gebührt sich daher, daß wir vor Allem unserem Kaiser, der uns in strenger Pflichterfüllung und allen sonstigen Tugenden als Vorbild vorangebt, unsere Huldigung darbringen. Stimmen Sie also in den Ruf mit mir ein: 'Unser Kaiser lebe hoch!' — Nachdem die Anwesenden begeistert in diesen dreimaligen Ruf mit eingestimmt hatten, ergriff Oberpostdirektor Tybusch das Wort und sprach etwas Folgendes: "Nach den so eben gehörten beredten Worten ist es unsere Pflicht, den Gefülen unseres Dienstes Ausdruck zu geben. Es ist uns eine neue Stätte bereitgestellt worden, welche nicht allein allen Anforderungen genügt, sondern auch mit Kunst geschmückt worden ist, gewiß ein Beweis der hohen Fürsorge der Verwaltung. Wir haben unseren Dank so zu betätigen, wie es schon gesagt worden ist: mit dem Geiste strenger Pflichterfüllung und treuer Hingabe an unseren Beruf. Daß dies geschehen werde, das gelobe ich in Ihrer Aler Namen. Wir wollen dies betätigten mit dem Ruf: 'Der Herr Staatssekretär, der General-Postmeister Dr. Stephan, er lebe hoch!' Nach diesem Ruf, welcher lebhaften Wiederklang fand, überreichte der Herr Ministerial-Direktor dem Herrn Ober-Postdirektor Tybusch den Schlüssel der Halle.

d. Die Bauernvereine, welche sich in neuerer Zeit in den nördlichen Kreisen unserer Provinz gebildet haben, üben, wie wir früher bereits mitgetheilt, eine nicht unbedeutende Anziehungskraft auf die polnischen Bauern in diesen Kreisen aus, so daß in den Vereinen deutsche und polnische Bauern einträchtig zusammenwirken — zum großen Leidwesen, der polnischen Presse, welche nicht ohne Unrecht fürchtet, daß durch das friedliche Zusammenleben mit den deutschen Bauern die polnischen von der polnisch-nationalen Sache abwendig gemacht und dem Einflusse der polnischen Agitationspartei entzogen werden. In der Versammlung des Budzynier Bauernvereins wurde neulich auch ein polnischer Bauer, Pieczynski, in den Vorstand gewählt. Der "Dziennik Poznań" spricht die Hoffnung aus: die polnischen Bauern würden so viel Selbständigkeit und nationales Gefühl haben, daß sie nicht in deutsche Bauernvereine eintreten, sondern eigene Vereine gründen werden. — Gewiß werden die polnischen Bauern am besten wissen, was ihnen kommt; daß Zusammenwirken mit den deutschen Bauern zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen, oder die Bildung eines speziell polnischen Bauernvereins, welcher von der polnischen Agitationspartei ins Schlepptau genommen und lediglich zu polnisch-nationalen Zielen ausgebaut wird!

## Bemerktes.

Man schreibt uns aus Berlin: Heute (Sonntag) Vormittag ist dem Mörder Conrad, welcher Mitte v. J. sich eines fünfjährigen Morbes, verübt an seiner Frau und seinen Kindern, schuldig gemacht, und am 5. Oktober zum Tode verurtheilt wurde, verhündet worden, daß seine Hinrichtung morgen (Montag) früh 6 Uhr vollzogen werden solle. Zu diesem Behufe hatten sich Vormittags 11 Uhr der erste Staatsanwalt des Landgerichts I., Herr Angern, der Anstaltsgeistliche Pastor Heinrich, Kanzleirath Dahms und Sekretär Krenel in dem Untersuchungszimmer des Verwaltungsbureau im Moabit Kriminalgefängnis versammelt. Der Verbrecher wurde, nachdem er noch zuvor vor dem Anstaltsarzt Sanitätsrat Dr. Levin auf seinen Gesundheitszustand untersucht worden, und dieser erklärt hatte, daß Conrad im Stande sei die Bekundigung der Strafvollstreckung anzuhören, der genannten Kommission vorgeführt. Die Verlelung des kaiserlichen Entschlusses, vom Begnadigungsbreite keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen, nahm Conrad mit grösster Ruhe und unbewegten Mienen auf. Das übliche Protokoll wurde nunmehr aufgenommen und der Delinquent in seine Zelle zurückgeführt. Um 2 Uhr erfolgte dann im sogenannten „grünen Wagen“ unter sicherer Esorte von Schubleuten dessen Transport nach dem Zellengefängnis (Buchthaus) in Moabit; in innern kleinen Hofe hatte dort im Laufe des Tages der Scharfrichter Krauts das Schafott errichtet und den Richtblock aufgestellt. Gegen Abend fand sich Justizminister Dr. Friedberg in Begleitung eines höheren Beamten ein um sich persönlich zu informiren, ob Conrad nicht etwa doch noch sein hartnäckiges Lügen aufzugeben und ein Geständnis abgelegt habe; Conrad ist im Zellengefängnis seiner Fesseln entledigt, wird aber auf zwei Aufseher unabschlägig bewacht, um etwaigen Selbstmordversuchen vorzubeugen. Von der alten geleglichen Form, nach welcher der Delinquent mindestens 24 Stunden vorher von seiner Hinrichtung Mitteilung erhielt, ist dieses Mal, wie wir hören, zum ersten Mal abgewichen worden, dahingegen ist dem Conrad die übliche Henkersmahlzeit gewährt.

Weichsel-Gang. Die „Danz. Ztg.“ vom 7. April schreibt: Die Gefahr einer Überschwemmung ist zwar für Danzig im gegenwärtigen Augenblick beendet, doch drohen neue Gefahren durch die heute Morgen 9 Uhr eingetretenen neuen Stopfungen beim Heringsschre und unterhalb Thorn. Letztere ist 6000 Meter lang und steht noch unverändert fest, während die erste im Laufe des heutigen Vormittags mehrere Male gerückt. Man glaubt daraus die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß sich diese Stopfung durch den Hochwasserdruck von selbst lösen wird. Dadurch würde dann, nachdem nunmehr bei Neufähr und Bohnsack Abfluss für das Hochwasser vorhanden und in Folge dessen auch schon ein erhebliches Sinken des Stauwassers eingetreten ist, die Gefahr für das Werder und den Danziger Hafen im Moment gehoben sein. Die gegenwärtige Situation ist folgende: Dem Dampfer „Diana“, welcher im Auftrage der Regierung gestern Abend von der See aus die etwa 4000 bis 5000 Meter lange, weit in die See hinausreichende Stopfung an der Mündung bei Neufähr zu durchbrechen versucht, ist nach schweren Anstrengungen dieses überaus gefährliche Experiment, unterstützt durch den gewaltigen Druck der heranrückenden Wassermassen, gelungen, so daß in Folge des von dem Dampfer auf einer Strecke von etwa 300 bis 400 Meter bewirkten Durchbrechens der Eismassen in der Mitte der Stopfung bei Neufähr eine etwa 50 Meter breite Rinne frei geworden ist, welche dem Wasser Abfluss in das Meer gestattet. Auf beiden Ufern steht zwar das Eis noch fest, doch dürfte sich die Rinne allmählich selbst verbreitern. Die gestern Abend bei Neufähr eingetroffenen drei Batterien Artillerie hatten so gut wie gar nichts ausrichten können und schraken bereits um Mitternacht nach der Stadt zurück. Auch von den 2000 zur Stelle gebliebenen Sandsäcken sind nur gegen 200 zur Verwendung gekommen. Mit denselben konnte bereits die etwa 10 Meter weite, durch die Überschwemmung entstandene Öffnung im Damm bei Weßlinsen gestopft werden. Dagegen ist in Bohnsack, wo der Durchbruch stattgefunden hat, noch Alles unter Wasser, desgleichen in Neufähr, sowie in der alten und neuen Binnen-Nehrung. Der dort an Gebäuden, Feldern und sonstigem Eigentum angerichtete Schaden ist natürlich zur Zeit noch nicht zu übersehen, doch dürfte derselbe nicht unbeträchtlich sein.

Unterm 8. April schreibt die genannte Zeitung: Nach den gestern Nachmittags und Abends hier eingegangenen Nachrichten sind bis dahin oberhalb Plebendorf auf der Nehrungsseite vier Dammbrüche konstatirt, von denen zwei bereits am Freitag Nachmittag, der dritte und vierte gestern eingetreten sein sollen. Der erste Bruch ist in der Nähe der Festung des Deichhauptmanns Grinniski vorgekommen, und zwar mit einströmendem Wasser; der zweite Bruch ist bei Bohnsackerweide, der dritte Bruch befindet sich bei Bohnsack. Der vierte Bruch, dessen Länge auf 500 Meter angegeben wird, soll sich von der Chaussee bis zum Weichseldeich oberhalb Bohnsack erstrecken. Letztere drei Brüche haben ausströmendes Wasser. Die Bewohner der überschwemmten Ortschaften haben sich zum größten Theil auf die Dänen gerettet. Das noch an den Unglücksstellen befindliche Pionier-Kommando versucht, von den abgeschnittenen Dammstücken die Menschen herüberzuholen. In den überschwemmten Ortschaften sollen Lebensmittel und Viehfutter höchstens noch für 2 Tage ausreichen. Die Vertreter der Deichverbände werden durch Gilbton, welche auf Umwegen zu ihnen zu gelangen suchen, über die Sachlage unterrichtet. — Bei Thorn stehen die Stopfungen noch fest, auch die Stopfung beim Heringsschre scheint noch nicht befeitigt zu sein. Durch die Mündung von Neufähr soll das Wasser noch gestern Nachmittag ziemlich freien Abzug gehabt haben. Der Damm bei Weßlinsen hat sich bis jetzt gut gehalten, so daß eine weitere Überschwemmung des Werders bisher nicht eingetreten ist. — In der Elbinger Weichsel ist das Wasser überall bedeutend gestiegen und tritt über sämtliche Außendämme. Das Eis liegt von unten herauf noch fest bis Fischerballe, von da ab ist der Strom stark mit Packeis verstopft.

## Telegraphische Nachrichten.

Magdeburg, 7. April. Das Landgericht in Magdeburg erklärte heute die Sonntags-Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen formell für gültig, weil die Kabinetsordre vom 7. Februar 1837 noch in Kraft stehe. Sie sei auch materiell gültig, weil der § 366, Nr. 1 des Strafgesetzbuches von der Feier des ganzen Sonntags, nicht bloß von der Zeit des Gottesdienstes spreche. Die Sache kommt nunmehr vor das Naumburger Oberlandesgericht, gleichzeitig auch im Verwaltungsstreitverfahren an das Oberverwaltungsgericht.

München, 7. April. Die Abgeordnetenkammer verwies auf den Vorschlag des Oberpräsidenten die Notstandsverordnung an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Stuttgart, 8. April. Das heute Vormittag ausgegebene Bulletin besagt: Der König hatte eine ruhigere Nacht und schlief einige Stunden. Der Katarrh ist besonders auf der linken Seite in Lösung begriffen.

Karlsruhe, 7. April. Der Großherzog und die Großherzogin haben heute Nachmittag der Kaiserin von Österreich in Baden-Baden einen Besuch abgestattet.

Wien, 7. April. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Konstantinopel: „Trotz der angelegentlichen Vorstellungen des britischen Geschäftsträgers und des russischen Botschafters weigerte

sich die Pforte, die bisher bestandenen Tarife bis zum Abschluß neuer Handelsverträge mit England und Russland provisorisch in Kraft zu lassen. Demzufolge wurde die zwischen Wyndham und Aristi Pascha abgeschlossene Konvention nicht ratifiziert. Die Pforte soll entschlossen sein, alle Mächte in Betreff des festzustellenden Tarifes auf gleichem Fuße zu behandeln und soll beabsichtigen, bis zum Abschluß neuer Handelsverträge für alle Waaren 8 Prozent auf Valorem zu fordern.“

Berlin, 7. April. Im Unterthause erklärte in Beantwortung der Interpellation des Abg. Helfy über die Modalitäten der Rentenkonvertirung der Finanz-

minister, die gegenwärtige Emission von 70 Millionen Gulden vierprozentiger Goldrente schließe nicht aus, daß die Operation auf dieser Basis fortgesetzt werde. Das Bankkonsortium sei verpflichtet, 70 Millionen gegen einen fixen Cours zu übernehmen und dem festgestellten Course entsprechend sechsprozentige Rente einzuliefern. Es sei Sache des Konsortiums, eventuell mehr als die vom Staate gekündigten 50,900,000 fl. sechsprozentige Rente einzulösen, um welchen Preis es diese bekomme und wie es Abnehmer für die vierprozentige Rente finde. Der Staat habe nur dafür zu sorgen, daß auf Wunsch den Besitzern der sechsprozentigen Obligationen auch volle Barzahlung geleistet und zur Einlösung der gekündigten Obligationen die erforderliche Summe entweder in 6 prozentigen Obligationen oder bar eingeliefert werde. Der Abg. Helfy erklärte sich von der Antwort des Ministers befriedigt.

Berlin, 7. April. Die Mörder des Präsidenten Mailath befinden sich in den Händen des Gerichts. Pitely, Javor und der Leibhusar des Ermordeten, Berecz, haben gestanden, die That gemeinsam begangen zu haben und daß Spanga ihnen dabei behilflich gewesen sei. Der Mord wurde von Spanga geplant, Pitely und Javor verbargen sich im Badezimmer, während Spanga im Ballonzimmer wartete. Berecz ließ die Komplizen einzeln ein. Pitely und Javor sollten, sobald Mailath sich niedergelegt habe, aus dem Badezimmer hervorbrechen und Mailath erwürgen. Die Mörder hörten Mailath heimlehren, warteten ein wenig und stürzten sich dann auf ihr Opfer, das sie niederwarfen und würgten. Mailath wehrte sich und rief nach Hilfe. Berecz ging auf die Aufforderung Spanga's in das Zimmer und stoppte seinem Herrn ein Handtuch in den Mund. Die Mörder erklärten, daß Spanga an dem Morde nicht thäglich teilgenommen habe, sondern nur der intellektuelle Urheber sei. Die Wunden und blutunterlaufenen Stellen am Körper des Ermordeten röhren davon her, daß er im Todekampfe von den Mörfern mit den Füßen getreten worden ist.

Berlin, 8. April. Das „Amtsblatt“ meldet die Ernennung des Abgeordneten Gabriel Barroß de Bellus, Mitglieds der liberalen Partei, zum Staatssekretär des Kommunikationsministeriums.

Berlin, 8. April. Eine Feuersbrunst zerstörte den ganzen auf dem linken Ufer der Orbe gelegenen Theil des Dorfes Vallorbe im Kanton Waadt. 145 Häuser wurden von den Flammen zerstört, darunter auch das Postgebäude mit erheblichen Werthbeständen; 1200 Personen sind obdachlos. Man schätzt den entstandenen Schaden auf zwei Millionen Francs.

Paris, 8. April. Der Deputirte Floquet hielt gestern vor seinen Wählern in Perpignan eine Rede und äußerte u. A., er werde die gegenwärtige Regierung untersuchen, wenn dieselbe die Einführung des Unterrichtsgesetzes durchsetze und den General Thibaudin als Kriegsminister beibehalte.

Brüssel, 8. April. Wie die „Chronique“ meldet, hat bei einem hiesigen Franzosen, welcher nach der Explosion von Ganshoren verschwunden war, eine Haussuchung stattgefunden. Eine umfangreiche Hissritte Korrespondenz soll dabei entdeckt worden sein.

Madrid, 8. April. Die Kammer hat eine neue Eidesformel für die Parlamentsdeputirten angenommen, derzu folge dieselben den Eid leisten können mit den Worten „vor Gott“ oder „auf Ehre“.

London, 7. März. Die Polizei glaubt, daß Whitehead und andere in Haft genommene Personen an der Explosion in Whitehall und anderen feindseligen Verbrechen beteiligt sind. Die Polizei hat auch die Spur eines Mannes entdeckt, welcher zur Explosion in Whitehall Explosivstoffe von Birmingham nach London gebracht hat. Man vermutet, daß Whitehead und Andere zu der Verbindung gehören, welche der Mordthaten im Phoenixpark beschuldigt wird. Von Polizeibeamten ist heute in London ein Individuum Namens Kirton und gestern in Glasgow ein Individuum Namens Gallochar verhaftet worden. In der Hoffnung, daß die Fenster wegen der Verhaftung Whitehead's einen Racheakt unternehmen könnten, sind Truppen nach Birmingham gesandt worden.

Neapel, 7. April. Die egyptischen Prinzen Hassan und Hussein haben sich nach Alexandrien eingeschifft.

Konstantinopel, 7. April. Die auf heute anberaumt gewesene Konferenz in der Libanonfrage ist verschoben worden, weil der russische Botschafter noch Instruktionen von seiner Regierung erwartet.

New York, 8. April. In Greenville (Texas) kamen bei dem Einsturz eines Hotels, welches dabei in Brand geriet, vierzehn Menschen ums Leben. Der Einsturz wird der Entzündung von Pulver im Souterrain des Hotels zugeschrieben.

Berlin, 9. April. [Privat-Telegramm der „Posener Zeitung“.] Die Hinrichtung des Conrad hat heute früh um 6½ Uhr durch den Scharfrichter Krauts stattgefunden. Conrad hat nicht gestanden.

Berlin, 9. April. Die Nachricht des „Nemzet“, die wegen Ermordung Majláths Verhafteten hätten ihre That eingestanden, bestätigt sich nicht. Dieselben leugnen fortgesetzt. Die Recherchen nach Sponga sind bisher erfolglos geblieben.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontaine in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Interate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.  
Posen, am 8. April Morgens 1,78 Meter.  
9. Morgens 1,80 Meter.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
7. Nachm. 2	767,8	N mäßig	bedeut	+ 2,2
7. Abends 10	768,2	N schwach	heiter	+ 1,2
8. Morgs. 6	768,1	N mäßig	bedeut	+ 0,1
8. Nachm. 2	767,4	NO mäßig	bedeut	+ 5,6
8. Abends 10	766,8	NO schwach	heiter	+ 1,8
9. Morgs. 6	765,5	NO schwach	bedeut	+ 0,5

## Telegraphische Börsenberichte.

### Röhrs-Course.

Frankfurt a. M., 7. April. (Schluss-Course.) Fest, Bahnen bevorzugt. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 80,98. Wiener do. 170,85. R.-R. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 101. R.-R. Pr. Anth. 127. Reichsb. 102. Reichsb. 149. Darmst. 156. Meining. Bl. 97. Destr. ang. Bl. 710,50. Kreditaktien 271. Silberrenten 67. Papierrente 66. Goldrente 88. Ung. Goldrente 76. 1860er Loos 121. 1864er Loos 319,40. Ung. Staats. 229,40. do. Osts. Ols. 11. 95. Böhm. Westbahn 264. Elisabethb. — Nordwestbahn 177. Galizier 264. Franzosen 293. Lombarden 128. Italiener 91. 1877er Russen 89. 1880er Russen 72. II. Orientali. 57. Orient. Pacific 112. Distrito. Kommandit. — III. Orientali. 57. Wiener Banverein 95. 5% österreichische Papierrente 79. Buchenbader — Egypt. 75. Gotthardbahn 125. Türken 12.

Wien, 7. April. (Schluss-Course.) Still.

Papierrente 78,45. Silberrente 78,82. österr. Goldrente 98,20. 6 prozent. ungarische Goldrente 120,50. 4 prozent. ung. Goldrente 90,32. 5 prozent. ung. Papierrente 88,15. 1854er Loos 119,75. 1860er Loos 131,50. 1864er Loos 167,25. Kreditloose 170,75. Ungar. Prähren. 116,25. Kreditaktien 319,30. Franzosen 341,50. Lombarden 150,30. Galizier 309,75. Kasch. Oderb. 147,00. Pardubitzer 150,00. Nordwestbahn 206,75. Elisabethbahn 216,50. Nordbahn 2785,00. Österreich. ung. Bank. —. Türk. Loos 117,25. Wiener Banverein 111,50. Ungar. Kredit 313,75. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 119,50. Pariser do. 47,40. Amsterdamer do. 99,20. Napoleon 9,48. Dukaten 5,62. Silber Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Chernowitz —. Kronpr. Rudolfs 165,00. Franz. Josef —. Österreich. Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbtalb. 229,00. Transcas 227,75. Buschtrader —. Österreich. 6 prozent. Papier 93,15.

Wien, 7. April. (Schluss-Course.) Still. Ungar. Kreditaktien 313,50. österr. Kreditaktien 318,50. 6 prozent. Kreditloose 318,40. Franzosen 341,90. Lombarden 150,30. Galizier 309,50. Nordwestbahn —. Elbtalb 229,00. österr. Papierrente 78,47. österr. Goldrente —. do. 5 prozent. Papierrente 88,20. 4 prozent. ungar. Goldrente 90,35. Marknoten 58,52. Napoleon 9,48. Banverein 111,50. Anglo-Austrian —. Ruhig.

Wien, 8. April. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien 313,50. Österreich. Kreditaktien 317,10. Franzosen 341,50. Lombarden 149,80. Galizier 309,50. Nordwestbahn —. Elbtalb 228,50. Österreich. Papierrente 78,45. österr. Goldrente 90,22. Marknoten 58,50. Napoleon 9,48. Banverein 111,25. Still.

Paris, 7. April. (Schluss-Course.) Schwach. 3 prozent. amortisirb. Rente 80,97. 3 prozent. Rente 80,05. Anleihe de 1872 113,95. Italien. 6 prozent. Rente 91,35. Österreich. Goldrente 82, excl. 6 prozent. ungar. Goldrente 102. 4 prozent. ungar. Goldrente 77. 5 prozent. Russen de 1877 92. Franzosen 727,50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 326,25. Lombard. Prioritäten 294,00. Türk. Loos 12,25. Türk. Elbtalb 58,25. III. Orientale —. Credit mobilier 375,00. Spanier neue 63. do. inter. —. Suezl. Altai 265,00. Banque ottomane 768,00. Union gen. —. Credit foncier 1335,00. Egypt. 388,00. Banque de Paris 1060. Banque d'escompte 512,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,23. Napoleon 9,48. Banverein 617,00.

Florenz, 7. April. 6 prozent. Italien. Rente 91,82. Gold 20,06.

London, 6. April. Consols 102,11. Italien. 6 prozentige Rente 90. Lombarden 12,5. 6 prozent. Lombarden alte —. 6 prozent. do. neue 11. 6 prozent. Russen de 1871 86,1. 6 prozent. Russen de 1872 85. 6 prozent. Russen de 1873 87. 5 prozent. Türk. Loos de 1865 12,5. 3 prozent. fundierte Amerik. 106. Österreichische Silberrente 66. do. Papierrente —. 4 prozent. Ungar. Goldrente 76. Österreich. Goldrente 82. Spanier 63. Egypt. 76. Ottomaban 20. Preus. 4 prozent. Consols 101. Fest. Silber 50 nominell. Blasdiestfont 2,5 p. Et.

New York, 7. April. (Schluss-Course.) Wechsel auf Berlin 94. Wechsel auf London 4,82. Cable Transfers 4,85. Wechsel auf Paris 5,20. 3 prozentige fundierte Anleihe 102. 4 prozentige fundierte Anleihe von 1877 120. Eric. Bahn 38. Central-Pacif. Bonds

